Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Bolten, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Wilhelmstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. — Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheck-Konto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 15 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Wegfall. Zeile und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 20 — Dienstag, den 25. Januar 1921. — 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

Im Reichstage wurde der Antrag der Unabhängigen betr. Aufnahme der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Rußland weiter verhandelt.

Die Pariser Konferenz ist eröffnet worden.

Der deutsche Vertreter Bergmann äußerte sich über den deutschen Standpunkt in der Entschädigungsfrage.

Ueber die kommunistischen Pläne für einen Putsch im Westen wurden Einzelheiten veröffentlicht.

In Lazahütte in Oberschlesien hat das polnische Aufstandsmitglied Kuczma 650 Gesuche um Ausstellung von Aufenthaltsbescheinigungen fertigschleppt. Von deutscher Seite ist sofort Beschwerde bei General Lerond eingelegt worden.

Die Entwaffnungsfrage auf der Pariser Konferenz.

TU. **Paris**, 24. Jan. Die erste Sitzung der Interalliierten Konferenz hat heute morgen um 11 Uhr begonnen. Nur die Chefs der Delegationen waren zugegen, und zwar für Frankreich **Briand**, unterstützt von **Berthelot**, für England Lloyd **George** und Lord Curzon, für Italien Graf **Sforza**, Graf **Vanni-Longare** und Marquis **Torelli**, für Belgien Außenminister **Jaspar**, für Japan Baron **Ishi**. Jede Delegation hat außerdem zwei Sekretäre. Es ist beschlossen worden, daß die Sachverständigen erst bei der Besprechung von Fragen eingeführt werden sollen, für die ihre Meinung eingeholt wird. Nach einigen Begrüßungsworten Briands wurde ein Bericht über den Inhalt der Tagesordnung verlesen. Man beschloß, als erste Frage diejenige zu besprechen, die die Einberufung der Konferenz veranlaßt hat, die Frage der **Entwaffnung**. Die Sachverständigen wurden eingeführt, und zwar für Frankreich **Barthou** und Marschall **Foch**, begleitet von den Generalen **Wenyand** und **Nollet**, für England Marschall **Wilson** und General **Bingham**, für Belgien General **Magliße**, für Italien General **Marietti**. Marschall Foch verlas eine Zusammenfassung der Feststellungen des Berichts des Versailler Militärkomitees vom 13. Dezember 1920. Er schilderte sodann die gegenwärtige Lage Deutschlands bezüglich der Entwaffnung und der Effektivbestände. Die Aussprache über die Frage der Entwaffnung wird heute nachmittag um 4 Uhr fortgesetzt werden. Im Verlaufe der Verhandlung zeigten sich die Marschälle Foch und Wilson sehr entschlossen und erklärten, daß die **Entwaffnung Deutschlands unerläßlich** ist. Man glaubt, daß die Konferenz, wenn sie eine kleine Frist für die Entwaffnung der Einwohnerwehren gewähren wird, andererseits unter Androhung von Bestrafung die Auslieferung aller Waffen verlangen wird.

Fochs Bericht.

WTB. **Paris**, 24. Jan. Nach einer Sondermeldung der Havas-Agentur hat Marschall Foch in dem Bericht, den er am 20. Dezember namens des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles erstattete und den er in der heutigen Vormittagssitzung in der Pariser Konferenz zelümierte, folgende Feststellungen gemacht:

1. Die Kontrollkommission habe nur einen kleinen Teil der den deutschen Behörden von der Zivilbevölkerung ausgelieferten Waffen erhalten.

2. Der Entwaffnungskommissar habe noch nicht den Zeitpunkt der **Uebergabe der Waffen der Bürgerwehren** mitgeteilt.

3. Die Entwaffnung der **Sicherheitspolizei** sei nicht beendet.

4. Die Sicherheitspolizei sei nicht aufgelöst worden.

5. Die **Einwohnerwehren**, die in Ostpreußen und Bayern aufrechterhalten würden, stünden in enger Beziehung zu der Reichswehr.

6. Die deutsche Gesetzgebung sei noch nicht genügend in Einklang gebracht worden mit den militärischen Dispositionen des Friedensvertrages.

7. Die deutsche Regierung weigere sich, das **Artilleriematerial der deutschen Festungen Königsberg und Küstrin** abzuliefern.

8. Die deutsche Regierung fahre fort, trotz der noch nicht kontrollierten Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann **Rekrutierungsbüros** entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zu unterhalten.

9. Die deutsche Regierung setze der Ausführung der **Klauseln über die Luftschiffahrt** systematisch Widerstand entgegen.

Nach der Havas-Meldung hat es den Anschein gehabt, daß das Exposee des Marschalls Foch Lloyd George und die anderen alliierten Vertreter günstig beeinflußt habe.

Eine Parallelkonferenz der Sachverständigen?

Paris, 24. Jan. Von der „Chikago Tribune" wird behauptet, daß **Bergmann** zur Pariser Konferenz **hinzugezogen** werden soll. Es frage sich nur, in welcher Eigenschaft er dort auftreten soll. Bis jetzt ist nichts bekannt geworden, daß er von der deutschen Regierung zur Führung von Verhandlungen und zur Unterzeichnung von Ausmachungen ermächtigt worden sei. Die Depeschenagentur „Radio" ist der Meinung, daß die Finanzsachverständigen der Entente in Paris eine Parallelkonferenz abhalten werden, zu der Bergmann hinzugezogen werden soll.

Der deutsche Standpunkt in der Entschädigungsfrage.

Verständigung mit dem französischen Hauptgläubiger. — Deutschlands Bereitschaft zur Zahlung in Kohle und in produktiver Beteiligung am Wiederaufbau.

Brüssel, 24. Jan. Staatssekretär **Bergmann** hat in Paris dem Vertreter des „Soir" erklärt, daß der deutsche Standpunkt sich eher in der Richtung nach einer **Gesamtsumme** als auf die Festlegung einiger Jahreszahlungen hin bewegt, ohne Sicherheit über die Zukunft. Die gänzliche **Unsicherheit** erschwere den Wiederaufbau auf beiden Seiten. „Deutschland", sagte der Staatssekretär, „ist bereit, über jeden Vorschlag, den man ihm mache, zu diskutieren, hat aber **noch keine bestimmten Angebote** machen können, weil die verbündeten Sachverständigen bis jetzt noch keine bestimmten Anfragen in dieser Beziehung geäußert haben. Deutschland versteift sich nicht, daß man von ihm Zahlungen für **42 Jahre** verlangt. Zahlungen in Gold kann Deutschland gegenwärtig nicht machen, da dasjenige besitzt es Kohle und die Verbände wissen selbst, daß **2 Millionen Tonnen Kohlen** gleichbedeutend **mit einer Milliarde Goldmark** sind. Die Arbeit der Sachverständigen ist sehr nützlich und sogar unentbehrlich, denn eine Sachverständigenkonferenz, die vor der Versammlung der Regierungschefs in Fühlung stattfindet, ist ein glänzendes Mittel, um zur Einigung zu kommen. Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß der Friedensvertrag eine Wiedergutmachungskommission eingesetzt hat, der alle Verbündeten zustimmten, während wir glauben, daß es richtiger ist, zu einer **direkten Verständigung** mit unseren Gläubigern, vor allem **Frankreich**, zu kommen. Wir können uns schneller mit England, Belgien und Italien verständigen, da wir wollen, **daß die Hauptverständigung mit Frankreich geschaffen wird.** Ganz Deutschland erkennt an, daß Frankreich am meisten gelitten hat. Warum läßt man uns nicht in kürzester Frist **100 000 Häuser in den verwüsteten Gebieten Frankreichs aufbauen? Das ist nützlicher und notwendiger als alle Versicherungen**, die man treffen könnte. Aber Frankreich will nicht zugeben, daß Deutschland kein Geld hat. Ganz Deutschland wünscht eine Verständigung in diesem Sinne. Die Festsetzung einer Gesamtsumme wäre von höchstem Nutzen für die ganze Lage. Deutschland hat drei bis fünf Jahre für seinen wirtschaftlichen Aufbau notwendig. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen kennt kann es mit Amerika sprechen". — Bergmann schloß mit dem Hinweis, daß eine Verständigung mit Frankreich, eine Verständigung mit den übrigen Verbündeten in sich schließen würde, da diese dann nicht mehr verwickelt wäre.

Aus dem Reiche.

Keine Verschiebung der Landtagswahlen.

WTB. **Berlin**, 25. Jan. In Oberschlesien ist immer noch das Gerücht verbreitet, daß die preußischen Landtagswahlen mit Rücksicht auf die Abstimmung in Oberschlesien verschoben worden sind. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die preußische Regierung garnicht daran denkt, die Landtagswahlen zu verschieben. Andererseits schlachten die Polen das Gerücht aus, daß von Berlin aus erst eine Verzögerung der Abstimmung in Oberschlesien hingearbeitet werde. Auch an dieser Behauptung ist kein wahres Wort.

Der bürgerliche Wahlsieg in Lippe.

Detmold, 24. Jan. Bei der gestern stattgefundenen Wahl zum Lippischen Landtag wurden folgende Stimmen abgegeben: Deutschnationale 17 600; Deutsche Volkspartei 15 200; Demokraten 8 800; Gewerkschaftsbund 4 400; Mehrheitssozialisten 25 400; Unabhängige 2 400; Kommunisten 3 400. Somit entfallen von 21 Abgeordneten auf die Mehrheitssozialisten 7, Deutschnationalen 5, Volkspartei 4, Demokraten 2, Gewerkschaftsbund 1, Kommunisten 1. Ueber ein Mandat steht das Ergebnis noch aus. Ferner steht das Ergebnis der brieflichen Wahl noch nicht fest, doch ändert es an der Tatsache nichts mehr, daß die bisherige sozialistische Mehrheit gebrochen ist. (Der Ausgang dieser Wahl stellt einen erfreulichen Ruck nach rechts dar. D. Schriftl.)

Die Riesensummen des neuen Notetats.

Berlin, 25. Jan. Der Reichsrat beriet einen neuen Nottat für Februar 1921, der 7. Notetat im Laufe dieses Jahres. Der neue Etat verlangt zurückgehende 400 Millionen Mark zum Ersatz von Demobilschäden, weiterhin 7,7 Milliarden **Mark zur Verbesserung der Volksernährung** und 1 325 000 000 Mark zur Beschaffung von **billigem Mais für die Landwirte, die sich verpflichten, die damit gemästeten Schweine zu angemessenen Preisen an öffentliche Stellen abzuliefern, 5,8 Milliarden Mark zur Beschaffung von Auslandsgetreide und zur Verbesserung der Brotversorgung, 277,7 Millionen Mark für Frühdrusch-Prämien, 500 Millionen zur Erleichterung des Bezugs von phosphorhaltigen Düngemitteln aus dem Auslande und schließlich 50 Millionen Ablieferungsprämie für Kartoffeln.**

Weiterhin fordert der Notetat noch 400 Millionen Mark für Ueberführungszuschüsse bei Neubauten und 3 Milliarden Mark zur Ausführung des Friedensvertrages, ferner 1 Milliarde zur **Deckung des Fehlbetrages bei der Reichseisenbahn, deren Defizit nunmehr auf 16 Milliarden Mark geschätzt wird.**

Die Pariser Einheitsfront.

Neue Diktate in Vorbereitung.

Das Arbeitsprogramm.

Neue Verpflichtungen.

Paris, 24. Jan. Havas meldet zu der Eröffnung der heutigen Pariser Konferenz: Die Konferenz wird sich nach Erledigung der **Entwaffnungsfrage** mit der Frage der **Kohlenlieferung** befassen, da bekanntlich das diesbezügliche Abkommen von Spaa am 31. 1. abläuft und es sich für die Alliierten empfiehlt, bis dahin neue Entscheidungen getroffen zu haben, die Deutschland zu gegebener Zeit mitgeteilt werden können.

Man wird in der Kohlenfrage infolge des abgeschlossenen Spaa-Abkommens folgende Vorschläge machen: Nachlieferung der rückständigen deutschen Kohlenmengen, Bemessung des bisher von Deutschland bezogenen Auslandgeldes in Gold und zwar gemäß der Qualität der gelieferten Kohlen, Verpflichtung der deutschen Regierung, in Zukunft monatlich 200000 Tonnen mehr zu liefern.

In der folgenden Sitzung wird der Oberste Rat über die Frage der **Reparation** entscheiden. Havas meint, die Anwesenheit Louis Dubois auf der Konferenz lasse darauf schließen, daß die **Vorschläge des Wiederaufbauausschusses** vollständig **aufrechterhalten** werden und daß dem die Aufgabe überlassen bleibe, den gesamten Reparationsbetrag festzusetzen, der von Deutschland ab 1. Mai geschuldet werde. Betreffs der **Jahreszahlungen** heißt es, daß man sowohl von englischer wie von französischer Seite für Jahreszahlungen in bar und Waren sei, ohne jedoch die in Berlin aufgestellten Bedingungen zu beachten. Diese sind:

Ausfall der Abstimmung in Oberschlesien, Rückgabe eines Teiles der Handelsflotte, Verringerung der Besatzungskosten und Gewährung der Handelsfreiheit.

Der Oberste Rat wird sich dann auch mit der **finanziellen Lage Oesterreichs** befassen und die Möglichkeiten beraten, Oesterreich zu helfen. Es liege aller Grund zur Annahme vor, daß die Oesterfrage nicht verschoben werden kann. Havas fügt hinzu, das erste Zusammentreffen zwischen Briand und Lloyd George sei besonders herzlich gewesen und werfe ein günstiges Licht auf den Verlauf der Verhandlungen. Beide Ministerpräsidenten hätten sich gegenseitig versprochen, alles aufzubieten, damit die Konferenz die gemeinsamen Interessen der beiden verbündeten Nationen wahrnehme und gleichzeitig auch zur Wiederherstellung des Friedens in der Welt glücklich günstige Ergebnisse zeitige. Darauf hätten die drei französischen und englischen Staatsmänner eine vorläufige Aufstellung über das Arbeitsprogramm des Obersten Rates begonnen. Abends begab sich Briand zum Empfang der italienischen Delegation mit dem Grafen Sforza an der Spitze zum Bahnhof.

Die wichtigste Konferenz seit Versailles.

London, 24. Jan. Die Blätter geben übereinstimmend der Ansicht Ausdruck, daß die Pariser Konferenz die wichtigste seit der Versailler Friedenskonferenz sei. Daily Expreß schreibt, es werde auf der Pariser Konferenz ein letzter Versuch gemacht werden, die zum Wiederaufbau der Welt wichtigsten Probleme zu lösen. Daily Chronicle schreibt, das Schicksal der Entente und damit das Schicksal Europas hänge von den Ergebnissen der Konferenz ab.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Januar.

Die Tribünen sind nur schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der unabhängigen Interpellation betr. die Wiederaufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland.

Abg. von Kemnitz (D. Vp.) erklärt sich mit der Grundtendenz der Interpellation einverstanden, bedauert aber, daß wir die Bahnen der Bismarckschen Politik verlassen haben und stellt fest, daß die russischen und deutschen Interessen parallel laufen. Aber das alte Rußland besteht nicht mehr. (Als die äußerste Linke durch lebhafte Zwischenrufe protestiert, entgegnete der Redner, er habe nichts dagegen, wenn die gesamten Kommunisten und Unabhängigen nach ihrem geliebten Moskau auswanderten.) Mit der Einleitung von Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu einem bürgerlichen Rußland, deren Offizier nunmehr binnen kurzem zu erwarten sei, sei er einverstanden.

Abg. **Gothein** (Dem.): Die diplomatischen Beziehungen zu Rußland müßten wieder aufgenommen werden, aber Rußland müsse verpflichtet sein, sich nicht in unsere Politik einzumischen, sonst müsse ihm der Stuhl vor die Tür

Erhöhung des steuerfreien Einkommens?

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist folgender Antrag eingegangen:

1. Der steuerfreie Einkommensteil nach § 20 Abs. 2 wird grundsätzlich nicht nur für die Rechnungsjahre 1920 und 1921) für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person von 500 Mark auf **1000 Mark erhöht.**

2. Das in § 20 festgesetzte Existenzminimum muß grundsätzlich steuerfrei bleiben und darf weder einer Landessteuer noch einer Kommunalsteuer unterworfen werden.

Ein weiterer Antrag will dem § 9 des Einkommensteuergesetzes folgenden Absatz angefügt wissen: **Steuerfrei bleiben auch alle besonderen Entlohnungen für Arbeiten, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden** (Ueberstunden, Ueberschichten usw.) (Der Antrag ist gut gemeint, wo aber sollen die Gemeinden die Einnahmen zur Deckung des Mehrbedarfs hernehmen?)

gesetzt werden. Die frühere große Getreideeinfuhr sei nur möglich gewesen, weil das Volk die Steuern in Form von Getreide bezahlen mußte. Redner gibt eine Kritik der **Kohlen- und Eisenindustrie**, die er als völlig darniederliegend bezeichnet. Das Eisenbahnwesen in Rußland versage vollkommen. Der Abg. Crispien sagte, Rußland kann alles gebrauchen, wozu kann Rußland aber bezahlen? Das Einzige wäre die Schaffung einer Kommission, die im Clearingverkehr die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland betreibt. Da es in Rußland aber **keinen Privathandel** gibt, vielmehr die einzige handeltreibende Gesellschaft die Sowjetregierung selbst ist, erscheint auch dieser Weg nicht aussichtsreich.

Abgeordnete **Frau Zetkin** (Komm.): Die Politik der jetzigen Regierung sieht wie die aller früheren Regierungen in dem Zeichen „Es wird fortgewurstelt". Die Politik der Regierung richtet sich nach den Wünschen der Entente, wenn sie sich auch viel darauf einbildet, sich an der Blockade Rußlands nicht beteiligt zu haben. Gegen Frankreich hätten wir uns mit Rußland verbünden müssen. Wir werden doch nicht gleich pazifistische Anfälle bekommen, wenn wir das Wort „Krieg" hören. (Heiterkeit.)

Abg. **Breitscheid** (Unabh.) konstatiert, daß auch bei den bürgerlichen Parteien vielfach eine Zustimmung zur Grundtendenz der Interpellation hervorgetreten sei. Gegenüber dem Zentrumsredner und dem Minister muß er zugeben, daß die **wirtschaftliche Lage Rußlands** allerdings zurzeit eine Misere sei. **Rußland kann in absehbarer Zeit uns kein Getreide liefern, es kann nur in Gold oder Platin zahlen.** Herr Kopp habe es ihm selbst gesagt, schon nach wenigen Jahren könne Rußland wieder in Maren zahlen. England hat dies erkannt, warum kann Deutschland dies nicht auch tun. Man redet hier noch von Sühne, man hat doch Herrn Helfferich nach Rußland geschickt. Soll Rußland noch mehr beitrat werden? So lange Rußland und Deutschland nicht wieder in das Weltgetriebe eingeschaltet sind, ist die Weltkrise nicht beseitigt.

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Zum **Etat der Justizverwaltung** liegt ein Antrag **Radbruch** (Soz.) vor, der sofortige vierteljährliche Sichtung über die vor dem Reichsgericht schwebenden bezw. erledigten Fälle von Kriegsverbrechen verlangt. Ein Gesetzentwurf zur Ausführung der Artikel 109 bezw. 128 der Reichsverfassung in Bezug auf die Justiz fordert und gewährt Vergütungen an Referendare von den Landesregierungen.

Mit dem Etat wird gleichzeitig die Anfrage **der Kommunisten wegen des Amnestiegesetzes** verbunden.

Abg. **Remmele** (Komm.) begründet die Anfrage und weist darauf hin, daß die Justiz die Amnestieerlasse zum Teil garnicht beachte. Die Führer des Kapp-Putsches sollen nicht unter das Amnestiegesetz fallen. Als der Redner bei der Erörterung eines Falles die Justiz schmutzig und dreckig nennt, wird er vom Vizepräsidenten **Bell** zur Ordnung gerufen. Ein zweiter Ordnungsruf wird ihm zuteil, als er in Beantwortung von Zurufen der Rechten erklärt, die deutsche Justiz sei schamlos.

Vizepräsident **Bell** ersucht den Redner wiederholt, sich in seiner Ausdrucksweise zu mäßigen.

Remmele: Aber fahrt nur so fort, dann sorgt ihr dafür, daß sich die Arbeiterschaft selbst ihr Recht suchen wird.

Morgen mittag 1 Uhr: Weiterberatung Anfragen, Aenderung der Geschäftsordnung **Genehmigung einer Strafverfolgung Erzbergers.** Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der Statistierung.

*

Milderung des Notopfergesetzes.

Berlin, 25. Jan. Bei der Weiterberatung des Entwurfes zum Reichsnotopfergesetz gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth hinsichtlich der Annahme von selbstgezeichneten Kriegsanleihen eine entgegenkommende Erklärung ab. Auf dem Verordnungsweg soll bestimmt werden, daß bis zu einem Monat nach Zustellung des vorläufigen Steuerbescheides, die nachweislichen selbstgezeichneten Stücke der Kriegsanleihe zum Nennwert in Zahlung genommen werden. Für an Abkömmlinge geschenkte Kriegsanleihe soll diese Vergünstigung als Zahlung des Reichsnotopfers nicht eintreten.

—

Die versteckte Armee.

Der rote General in Berlin.

Berlin, 24. Jan. **Auf Grund der bei den Durchsuchungen nach dem Bestehen einer „Roten Armee" am 19. ds. Mts. in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen bei Dortmund gefundenen Beweismaterials und der Geständnisse einzelner Festgenommener ist, soweit die Ermittelungen bisher ergeben haben, folgender Sachverhalt als feststehend zu erachten:**

In Berlin besteht eine militärische Leitung der Roten Armee, welche von der politischen K. P. D. ins Leben gerufen ist und die übergeordnete Stelle für mehrere Kommunalbehörden bildet. Eine dieser Kommunalbehörden Zentraloberleitung (Z. O. L.) befindet sich in Essen und ist wiederum die vorgesetzte Stelle für vier Bezirksleitungen (B. L.), nämlich in Essen, Remscheid, Bielefeld, Kassel. Diese B. L. sind die Kommandostellen für die entsprechenden örtlichen Bezirke. Der Bezirk Essen ist seinerseits in drei Unterbezirke — Essen, Hamborn, Dortmund — gegliedert und die Unterbezirke endlich zerfallen in Kreise mit Ortsstäben. Neben den der Z. O. L. Essen unterstehenden Bezirken Essen, Remscheid, Bielefeld, Kassel besteht noch ein besonders organisierter Bezirk mit einer von Essen unabhängigen militärischen Oberleitung (M. O. L.) in Düsseldorf.

An der Gesamtorganisation ist seit Anfang Dezember 1920 in besonders verschärfter Weise gearbeitet worden.

Die Organisation hat durchaus militärischen Charakter. Die Rote Armee wird unmittelbar von der K. P. D. organisiert.

Die K. P. D. betrachtet sich gewissermaßen als einen Staat im Kleinen mit Ressorts, wie Finanzwesen, Arbeitswesen, Zivilorganisationen, Militärwesen usw. Das Militärwesen teilt sich in die Militärpropaganda (MP) und die Militärabteilung (MA).

Die MA umfaßt die eigene militärische Organisation, wie sie oben geschildert ist, und den Nachrichtendienst, der die Beobachtung und Feststellung der Stärke des Gegners zur Aufgabe hat und der besonders durch einen straff durchgeführten Kurierdienst der kommunistischen Jugendorganisationen versehen wird.

In der Militärabteilung sind folgende bemerkenswerte Organisationsakten gefunden worden:

Akte: Feldgendarmerie, Verpflegungswesen, Bekleidungswesen, Nachrichtendienst, Verkehrswesen, Fahrtberechtigungen, Massen- und Munitionsbeschaffung mit Listen über Waffenlager der Reaktionäre und ausgefüllten Waffenbestandslisten der Regimenter.

Akte: Bezirkskommando, Rekrutendepot, Werbebüro, Löhnung der Roten Armee, Spezialtruppen, Radfahrerschaften, Finanzwesen, Sanitätsdienst, Soldatenräte.

Akte: Gerichtskommission, Kassenbücher, Registraturen, Befehlsbuch, Generalstabskarten, Telegrammschlüssel für den Verkehr zwischen Zentrale Berlin und Düsseldorf, Korrespondenz zwischen Berlin und Düsseldorf, Organisationspläne.

Außerdem wurden ein Stempel „Militärische Oberleitung Düsseldorf Rote Armee" mit Sowjetstern, eine Unmenge Soldbücher und Stammrollenauszüge beschlagnahmt.

Die Stäbe selbst hatten eine Dezernats-Bearbeitung, wie sie früher in der Armee üblich war, so z. B. die Zentraloberleitung, ein Organisationsbüro, ein Operationsbüro, ein Nachrichtenbüro usw.

Die Sitzungen der Militär-Oberleitungen haben zum Teil in dem Büro des kommunistischen Organs „Ruhr-Echo" stattgefunden, so daß auch hieraus ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Partei und Kampforganisation zu erkennen ist.

An Beweismaterial ist außerdem eine überaus große Anzahl von Mobilmachungsplänen, Stempeln roter Formationen, stenographischen Berichten über militärische Sitzungen, Nachrichten über Stärke des inneren Gegners, der als „Feind" bezeichnet wird, Meldungen der Unterführer an die Oberführer über Zahl der Waffen der Orts- und Kreisbehörden, über Waffenlage usw. gefunden.

Nach diesem Beweismaterial sind leichte und schwere Waffen, sowie sonstiges Kriegsgerät in erheblicher Menge vorhanden.

Aus einer Niederschrift ist zu erkennen, daß die bewaffnete Aktion im Anschluß an den Hamborner Streik der Hüttenarbeiter, der zum Generalstreik propagiert werden sollte, geplant war. Nach einer Aeußerung des politischen Leiters der Vereinigten Kommunistischen Partei in Essen, Schönebeck, hat jedoch ein Eintreten in die Aktion auf Grund einer Anweisung der Berliner Zentralleitung nicht stattfinden können, weil diese eine Gesamtorganisation im ganzen Reich zur Zeit noch nicht für möglich hielt. Die Aktion sollte infolgedessen vorläufig auf 14 Tage verschoben werden.

Durch die Auflockung der „Roten Armee" ist sie zunächst vereitelt worden.

Verhaftungen ausländischer Kommunisten.

Duisburg, 25. Jan. Vor einiger Zeit machte sich in Hamborn eine lebhafte Agitation ausländischer Kommunisten bemerkbar, die, mit mehreren auf verschiedene Namen lautenden Pässen ausgerüstet, auf hiesigen Zechen arbeiteten, aber oft Wohnung und Arbeitsstätte wechselten. Wie die Niederrheinischen Nachrichten erfahren, ist es vor kurzem gelungen, sieben Personen, darunter einen früheren ungarischen Offizier und einen russischen Studenten festzunehmen. Der Student Opatowski aus Kiew trat hier unter dem Namen Mortel auf und bewegte sich vielfach in Frauenkleidern. Während die Festgenommen sich noch im Hamborner Polizeigefängnis befanden, wurde eine Aktion zu ihrer Befreiung geplant. Die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen verhinderten aber die Ausführung des Unternehmens.

Am Donnerstag wurde wieder ein ausländischer Agitator, dessen Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte, verhaftet. Wie das genannte Blatt weiter hört, befindet sich der Führer der sogenannten Moskauer Mordkommission Peters, wieder in Deutschland. Es wird vermutet, daß er auch das Industriegebiet bereist hat. Ebenso sollen die bekannten kommunistischen Führer Hauptmann von Beerfelde und Oberleutnant Lademann sich in der hiesigen Gegend aufgehalten haben. In Hornborn befinden sich zur Zeit über 200 Ungarn, die neuerdings auf den Zechen Arbeit genommen haben. Unter diesen sollte eine ungarische Sektion der Moskauer Internationale gebildet werden.

Der Kampf um Oberschlesiens Deutschtum.

Protest gegen das Wahlreglement für Oberschlesien.

Die Bezirks- und Ortsgruppenleiter der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier von Rheinland-Westfalen hielten in Dortmund eine Sitzung ab, um gegen das diktatorische Wahlreglement für Oberschlesien, das in Widerspruch steht zum Art. 88 des Friedensvertrages, Stellung zu nehmen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig gefaßt und an den Reichstag und das Auswärtige Amt in Berlin gesandt:

Die in der Industriehalle in Dortmund versammelten Bezirks- und Ortsgruppenleiter der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier von Rheinland und Westfalen, die nahezu dreizigtausend Abstimmungsberechtigte vertreten, legen einstimmig nachdrücklichsten Einspruch gegen das in der Presse veröffentlichte Wahlreglement für Oberschlesien ein. Wir verlangen von der Regierung, daß sie schleunigst ihren ganzen Einfluß dahin geltend macht, daß eine einwandfreie, gerechte Wahlordnung bestimmt wird, die genau wie die für Ost- und Westpreußen den Vorschriften des Art. 88 des Friedensvertrages entspricht. Durch die heutige Wahlordnung ist keinesfalls absolute Gleichberechtigung aller Abstimmungsberechtigten gewährleistet, im Gegenteil, sie ist eine herausfordernde Vergewaltigung aller deutschgesinnten Oberschlesier.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Die polnischen Kampforganisationen. — Musterhafte Zurückhaltung der Deutschen.

Breslau, 24. Jan. Der deutsche Abstimmungskommissar Dr. Urbanek teilte Pressevertretern mit: Die Kampforganisation der Polen besteht tatsächlich, darüber gebe es keinerlei Zweifel und sie sei auch schon vollkommen schlagfertig und warte nur auf die Gelegenheit einer deutschen Unvorsichtigkeit oder Ungeduld. Aber die deutsche Zurückhaltung sei musterhaft. **Die Abstimmungsaussichten sind für Deutschland durchaus günstig.** Der deutsche Erfolg könnte eigentlich nur noch durch Gewalttätigkeiten, Generalstreikterrors und dergleichen gefährdet werden.

WTB. Berlin, 24. Jan. Der Plebiszitkommissar Urbanek hat heute an den Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Oppeln General Lerond ein Telegramm gerichtet, in dem darüber Beschwerde geführt wird, daß die polnischen Vertreter der Abstimmungsbehörden die von der interalliierten Kommission gegebenen öffentlichen Anweisungen über zweifelhafte Fragen des Abstimmungsreglements nicht beachtet. Das deutsche Plebiszitkommissariat bittet dringend dafür zu sorgen, daß von der interalliierten Kommission in öffentlicher und allgemein nachprüfbarer Weise die amtlichen Anweisungen und Ergänzungen des Abstimmungsreglements bekannt gegeben werden. Weiter weist Urbanek darauf hin, daß nach vorliegenden Nachrichten sich in mehreren Ortschaften die polnischen Vertreter der paritätischen Ausschüsse sich geweigert haben, die Anträge der Stimmberechtigten der Kategorie der Reichsoberschlesier zu beerdigen. In Charzow haben die polnischen Vertreter des paritätischen Ausschusses die eingegangenen Anträge dieser Kathegorie durch die Post an die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier im unbesetzten Deutschland zurücke schickt.

Polnische Betrügereien.

Ein scharfer Protest Urbaneks.

Kattowitz, 24. Jan. Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek hat gestern an die interalliierte Kommission in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet: Hohe interalliierte Kommission, zu Händen Herrn Präsidenten Lerond, Oppeln.

Gestern abend zwischen 5 und 6 Uhr hat der polnische Vorsitzende des paritätischen Ausschusses in Lautschütz, Paul Kuczmar, eigenmächtig im Gemeindeamte sämtliche Ersuchen auf Ausstellung von Aufenthaltsbescheinigungen weggenommen und fortgeschleppt. Sie sind bis jetzt nicht zurückgegeben. Es handelt sich um über 650 Ersuchen. Wir erheben gegen diese unerhörte Sabotage der Abstimmung schärfste Verwahrung. Wir verlangen sofortige Abberufung und exemplarische Bestrafung des Kuczmar. Wir widerholen unser telegraphisches Ersuchen vom 7. Januar. Wir haben damals um Anweisung an sämtliche Polizeiverwaltungen, Gemeinde- und Gutsvorstände gebeten, dahingehend, daß diese Behörden zur sofortigen Ausstellung geforderter Aufenthaltsbescheinigungen verpflichtet sind. Aus dem Umstande, daß sich im Gemeindemeldeamt Laurahütte über 650 Ersuchen um Aufenthaltsbescheinigungen gesammelt hatten, entnehmen wir, daß die Gemeindeverwaltung Laurahütte die Bearbeitung dieser Ersuchen unterlassen hat. Durch solche passive Resistenz wird innerhalb der viel zu kurzen Frist die Verwirklichung der geforderten Formalität vereitelt und wenden die Abstimmungsberechtigten der Kategorie um ihre Stimme gebracht.

*

Oppeln, 24. Jan. Die Aufräumefrau, die heute den Stadtverordnetensitzungssaal aufräumen wollte, in dem das Büro des paritätischen Ausschusses untergebracht ist, bemerkte eine Anzahl Polen, die nachts in den Saal eingedrungen waren und die Abstimmungszettel fälschten. Beim Anblick der Frau ergriffen sie die Flucht und konnten nicht ergriffen werden.

Reichsbund und Kriegsteilnehmerverbände deutscher Hochschulen.

Berlin, 25. Jan. Am 15. und 16. Januar fand in der Universität München die Tagung des Reichsbundes der Kriegsteilnehmerverbände deutscher Hochschulen statt. Die meisten deutschen Hochschulen waren vertreten. Es wurde beschlossen, das sogenannte Punktsystem auf allen Universitäten durchzuführen. Danach sollen die Kriegsteilnehmer nicht mehr allein nach ihrem Verlust an Zeit, sondern vor allem auch nach ihrer Leistung im Kriege die entsprechenden Vergünstigungen genießen. Gegen die von dem preußischen Minister Lüdemann geplante Erhöhung der Kolleggelder auf 25 Mark die Wochenstunde wurde schärfster Protest eingelegt, die eine unerträgliche Steigerung der ohnehin furchtbaren Not der akademischen Kriegsteilnehmer bedeuten würde. Von größter Wichtigkeit für den Reichsbund der Kriegsteilnehmerverbände ist der in München einstimmig beschlossene Zusammenschluß mit dem Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener Berlin. Die kriegsbeschädigten Studenten erhalten eine starke Interessenvertretung im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und bei den Versorgungsgerichten, sowie eine Reihe wirtschaftlicher Vergünstigungen. Der Zentralverband gewinnt hierdurch viele Intelligenzen als Führer. Für das Zusammenarbeiten von Akademikern und Nichtakademikern und für die Pflege echter Kameradschaft unter allen Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten des Weltkrieges ist dieser Zusammenschluß von höchster Bedeutung. Der Zentralverband, welcher zur Zeit etwa 300 000 Mitglieder zählt, erhält hierdurch Zuwachs von rund 20 000 Kriegsbeschädigten, Kriegsgefangenen und Kriegsteilnehmern.

Große Täuschungen.

WTB. London, 25. Jan. „Westminster Gazette" schreibt in einem „Große Täuschungen" überschriebenen Leitartikel: Bedeutende Staatsmänner sprachen von einer Uebertragung der Reichssteuern Deutschlands auf die Schatzämter der Alliierten. Das Blatt fragt, wie die Dividende der deutschen Firmen, auf die Briand in seiner Rede hinwies, aufrechterhalten und auf Frankreich oder die Alliierten übertragen werden solle. In Anbetracht dessen, daß man sie nicht mit Gewalt zur Arbeit zwingen könne, und daß sie mit Bestimmtheit nicht arbeiten würden, wenn man ihnen den Beweggrund des privaten Vorteils und die Hoffnung auf Wiedergewinnung ihrer Freiheit nehme. Der Reichtum sei kein greifbares Gut, das einfach genommen und über die Grenze gebracht werden könne. Wenn man die deutsche Reparation wolle, so müsse man gerecht sein, deutsche Waren annehmen und alle Tarife und anderen Hemmnisse, die ihre Einfuhr verhindern, beseitigen. Die „Westminster Gazette" ist der Ansicht, Briand werde sich wahrscheinlich glücklich schätzen, wenn er heute etwas von Deutschland erhalten könne und seinen Nachfolgern den übrigen Teil überlassen.

„Evening News" meldet unter Hinweis auf den in Deutschland stattfindenden Kampf zwischen englischen und amerikanischen Petroleumdepots, nach der Aufmerksamkeit zu schließen, die die amerikanische Handelswelt Deutschland zuwende, scheine das Vertrauen Amerikas in die Wiederherstellung Deutschlands ungebrenzt zu sein.

Was Deutschland bis zum 21. Januar vorigen Jahres ablieferte.

TU. Paris, 25. Jan. **Die Kommission für die Wiederherstellung veröffentlicht eine Liste über das, was Deutschland bis zum 21. Januar abgeliefert hat, d. h. während des ersten Jahres seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Versailles. Als Entschädigung lieferte Deutschland demnach ab: 17 818 840 T. Kohlen, 19 000 Zentnerschwefelsaures Ammoniak, 2 034 729 B. R. T. Schiffsraum, 38 730 T. Binnenschiffahrtsmaterial, 360 175 Stück Vieh, 6 802 558 Kilogramm pharmazeutische Produkte, 4571 Lokomotiven, 129 555 Waggons, 140 000 T. Eisenbahnmaterial, 5000 Lastkraftwagen, 131 505 Werkzeugmaschinen und 15 Unterseeboote.**

Die Wahrheit über die Goldmarkpreise.

Paris, 25. Jan. Dem Vertreter des Matin in Berlin wurde vom Pressamt des Auswärtigen Amtes eine Note übermittelt, wonach die Alliierten zusammen für die Kohlenvorschüsse bisher 332 500 000 Mark gezahlt hätten. Die deutsche Regierung verbraucht jeden Monat 120 Millionen Mark für die Ernährung der Bergarbeiter. Dennoch sind die Kosten der deutschen Regierung viel höher als die von den Alliierten geleisteten Vorschüsse.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, den 25. Januar.

Verbandstag Rheinisch-Westfälischer Kolonialwarenhändler.

Mehr als 250 Delegierte waren von dem Rheinisch-Westfälischen Landesverband der Kolonialwarenhändler, Sitz Essen, angeschlossenen 112 Korporationen zu einem außerordentlichen Verbandstage nach Barmen entsandt. Unter Leitung des Vorsitzenden, Stadtverordneten J. Janssen (Barmen), nahmen die Verhandlungen einen überaus ersprießlichen Verlauf. Der vom Verbandssyndikus gegebene Bericht über die Tätigkeit der Verbandsleitung legte Zeugnis ab von der Tatkraft, die der Verband im abgelaufenen Geschäftsjahr 1920 zum Wohle des selbständigen Lebensmittelverbandes entwickelt hat. Die von einem einheitlichen Wollen und Geist getragenen Verhandlungen zeigten in erfreulicher Weise, daß der selbständige Lebensmittelhandel Westdeutschlands zielklar seine Aufgaben erkannt hat und daß sie mit allen Mitteln durchzuführen bestrebt ist. Klar und treffend referierte Kaufmann Plankuchen (Barmen) über den zukünftigen Ausbau der Organisationen, insbesondere im Hinblick auf die drohende Entwicklung der Verbraucherorganisationen. Geschäftsführer Stadtverordneter Schleifenbaum (Langenfeld) behandelte die Kreditnot im Mittelstande und referierte über das Thema „Die Sicherung unseres Einflusses im wirtschaftspolitischen Leben". Im Anschluß an die Tagung wurde folgende Entschließung gefaßt:

Der Verbandstag des Rhein.-Westf. Landesverbandes der Kolonialwarenhändler, zu dem 112 Vereine rhein.-westf. Kolonialwarenhändler Vertreter entsandt haben, fordert für die ihm angeschlossenen Organisationen bei allen Aufstellungen von Wahllisten gehört zu werden und Geschäftsführer zu den Beratungen hinzuziehen zu dürfen, solange Berufsgruppen hierbei durch Geschäftsführer vertreten sind

*

— **Die Bibelstunden** fallen heute abend und an den anderen Abenden dieser Woche aus.

— **Windhorst-Jungzentrum.** Die vom hiesigen Zentrumsverein veranstaltete 1. Stiftungsfeier des Windhorstbundes nahm einen glänzenden Verlauf. Der Zentrumsvorsitzende, Buchene, zeigte in begeisternden Worten die Bedeutung der kommenden Wahlen und verherrlichte die christliche Solidarität. Er erläuterte alsdann die Ziele und Wege des Windhorstbundes und regte zu zahlreichem Beitritte an. 75 neue Mitglieder wurden aufgenommen, so daß Jung-Zentrum schon über 100 Jünglinge und Jungfrauen umfaßt. Besonders freudigen Widerhall fand auch seine Empfehlung an alle kathol. Vereine zur recht zahlreichen Beteiligung an der nationalen Feier am Dienstag. Ein heiteres Theaterstück, dargeboten von der kath. Vereinsbühne St. Engelbert, beschloß das schöne Fest.

— **Winterfest des Kriegervereins Vogelsang.** In dem festlich geschmückten Saal der Wirtschaft Ackermann fanden sich am vergangenen Sonnabend Mitglieder und Angehörige des hiesigen Kriegervereins zu einem Winterfest, verbunden mit der Gedenkfeier der Reichsgründung so überaus zahlreich ein, daß die Räumlichkeiten sich fast als zu klein erwiesen. Der Vorsitzende H. W. Drevermann jun. begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen und gedachte insbesondere der aus feindlicher Kriegsgefangenschaft Heimgekehrten. Seine Ausführungen waren der Bitte gewidmet, durch gegenseitiges Vertrauen und Gemeinschaftsgefühl, über den Hader der Zeit, den Glauben an das Vaterland zu stellen. Der kernige kraftvolle Vorspruch des Kameraden Limper fand bei allen Anwesenden rechten Anklang. Kamerad Schwenk hatte die Festrede übernommen und entledigte sich dieser Aufgabe in recht angemessener Form. Die Ausführungen des Redners waren von heißer Liebe zum Deutschtum und von einem unüberwindlichen Glauben an alles Wahre, Echte in jedem Deutschen, trotz der Zeiten Not getragen. Als echtes rechtes Bekenntnis zu dem, was uns das Höchste, das Vaterland ist, schlossen die mit ehrlichem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners mit dem gemeinsam gesungenen „Deutschland, Deutschland über alles". Die Musik der Dortmunder Sicherheitspolizei trug wesentlich zur Erhöhung der vaterländischen Stimmung bei. Ein fröhliches aufmunterndes Wort des Kameraden Max Albers war den deutschen Frauen und Mädchen gewidmet. In rechter Weise kam auch der Tanz zu seinem Recht. Noch längere Zeit saß man im Kreise der Kameraden zu fröhlichem Beisammensein vereint.

— **Handwerks- und Gewerbe-Amt Hagen.** Wie wir hören, veranstaltet das Handwerks- und Gewerbeamt Hagen, der Märkische Kleinhandelsverband und der Gewerbe-Verein am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Kaisersaal (gegenüber dem städt. Schauspielhaus) eine große Versammlung, in der Verbandsdirektor Korthaus-Berlin über die Bedeutung der Sozialisierung und Kommunalisierung nach den Vorschlägen der Sozialisierungskommission sprechen wird.

— **Die kommende Portoerhöhung.** Wie wir aus bester Quelle erfahren, wird in den nächsten Tagen auf Einladung des Postministers eine Besprechung von Vertretern der Spitzenorganisationen des Wirtschaftslebens stattfinden, die sich mit der notwendig werdenden Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren beschäftigen soll. Die Vorlage des Ministeriums sieht eine Heraufsetzung der jetzt gültigen Tarife um die Hälfte bis auf das Doppelte vor. Ein einfacher Brief soll 60 Pfg. kosten, über 20 Gramm 1,20 Mark. Das Porto für Drucksachen will man verdoppeln, beginnend mit 20 Pfg. für höchstens 50 Gramm. Die Telegrammgebühr wird auf 30 Pfg. für das Wort heraufgesetzt werden. Pakete kosten mindestens 4 Mark. Eine bedeutende Verteuerung soll auch der Postscheckverkehr erfahren, bei dem der niedrigste Satz für eine Einzahlung 25 Pfg. betragen wird. Beträchtliche Heraufsetzungen der Preise sind ferner vorgesehen für den Nachnahmeverkehr. Bei diesem wird eine Gebühr von 50 Pfg. für die zweite Vorzeigung eingeführt. Neu ist auch die Bestimmung, daß die Preise der Drucksmuster mit eingeprägten Wertzeichen um einen Betrag erhöht werden, der die Deckung der Selbstkosten für die Herstellung ermöglicht. Die Einführung der neuen Sätze ist in kurzer Zeit, vielleicht schon zum 1. März, zu erwarten.

— **Amerikanische Nielenspende.** 500 000 Ellen Flanell im Werte von 11 Millionen Mark und außerdem einige Hundert Tonnen Kleidungsmaterial, zusammen einen Wert von über 20 Millionen Mark darstellend, sind jüngst aus Amerika nach Deutschland gesandt worden — zur Verteilung an die notleidende deutsche Bevölkerung. Diese überaus große Spende, die Gefühle des tiefen Dankes erwecken muß, beweist, daß das amerikanische Hilfswerk noch immer im Wachsen begriffen ist. Die Spende ist eine Stiftung des Amerikanischen Roten Kreuzes und wohl veranlaßt worden durch die vor kurzem erfolgte Gründung des „European Relief Council", dem das Amerikanische Rote Kreuz und andere wohltätige Organisationen angehören und dessen Interessen in Deutschland besonders von der „Gesellschaft der Freunde" (Quäker) vertreten werden.

— **Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.** Am 15. Januar feierte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund auf der Burg Volmarstein ein Winterfest. Vertreter fast sämtlicher Ortsgruppen des westlichen Westfalens, wie Dortmund, Hagen, Bochum, Witten, Herbede, Hattingen, Iserlohn, Altena, Altenvoerde, Hohenlimburg, Mülheim usw., über 1000 Frauen und Männer, hatten sich hier zusammen gefunden. Die Feier begann um ½2 Uhr mit gemeinsamem Kaffeetrinken. Dann hielt nach dem gemeinschaftlichen Lied „Der Gott der Eisen wachsen ließ" Gauwart Hoffmann-Witz die Begrüßungsansprache. Es folgten musikalische Darbietungen von Mitgliedern einzelner Ortsgruppen. Das von der Ortsgruppe Altenvoerde in plattdeutscher Mundart gesungene „Westfalenlied" fand allgemeinen Beifall. Die Festrede hielt Pastor Haas-Mülheim. Mit packenden Worten schilderte er den Zusammenbruch Deutschlands, was wir verloren haben an Land und Volk an Stolz und Ehre; schilderte die Schmach und Schande, die auf uns liegt. Daß wir aber dennoch den Mut nicht sinken lassen dürfen, daß es gilt, aus den Trümmern das zu retten was zu retten ist, die zu sammeln, die noch deutsch sind, und sich heranzukämpfen an die Tage einer besseren Zukunft. Er schloß mit dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles", in das alle Anwesenden begeistert einstimmten. Gegen Abend vereinte ein gemeinschaftliches Abendessen, herb und einfach, nach deutscher Art, alle Anwesenden. Darauf gemütliches Beisammensein. Jetzt noch sind sich Menschen gefunden zu haben gleicher Art und Gesinnung, alle von dem einen Gedanken durchdrungen mitzuhelfen und zu arbeiten am Wiederaufbau unseres Vaterlandes, unserer Heimat. Nach und nach brachen die einzelnen Ortsgruppen auf. Auf dem Wege hinab zur Bahn scholl noch manches deutsche Lied hinaus in die Nacht. Alle gingen heim mit frischem Mut und neuem Hoffen und still im Herzen das Gelöbnis der Treue zu sich selbst, zu deutscher Art und Sitte und zum Vaterland bis in den Tod.

— **Kann man mit einer Zahlung in Verzug kommen, wenn man noch gar keine Rechnung erhalten hat?** Das Oberlandesgericht Hamm-Schweig beantwortet die interessante Frage, wie folgt: Die Zusendung einer Rechnung ist noch keine „Mahnung", sondern nur die Anzeige zum Besten einer bestimmten Forderung. Weiß ein Schuldner nur, daß er etwas schuldet, nicht aber was resp. wie viel, dann kann er auch nicht in Verzug geraten. Kennt er aber den Bestand seiner Schuld — das ist sehr wichtig — hat er z. B. für einen ganz bestimmten Betrag Waren gekauft und erhalten und wird er kurzweg bei Fälligkeit zur Zahlung aufgefordert, so kann er die Aufforderung nicht deshalb ignorieren, weil er noch keine Rechnung erhalten hat. Bestellt jemand z. B. bei einem Schneider einen Anzug zu einem vereinbarten Preis, zahlbar am nächsten Monatsersten nach Lieferung, und zahlt er dann trotz Aufforderung nun deshalb nicht, weil ihm demnach keine Rechnung zugegangen ist, so kommt er dennoch in Verzug. War aber der genaue Preis noch nicht festgesetzt, so kommt er nicht in Verzug. Er kann erst Rechnung verlangen.

Westfalen und Rheinland.

* **Hagen**, 24. Jan. Heute morgen wurde hier auf Anordnung des Untersuchungsrichters der Eisenschrott-Großhändler E. B. aus Rückelhausen festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht. Er wird verdächtigt, zu Beginn des vorigen Jahres vier Waggons mit Alteisen, die einen Wert von weit über 100 000 Mark darstellten und die von Eisenbahnbediensteten verschoben worden waren, an sich gebracht zu haben. Mehrere Personen sind mit in die Angelegenheit verwickelt; es wurden bereits 3 Eisenbahnbedienstete sowie der Prokurist einer anderen Eisenschrott-Großhandlung in Untersuchungshaft genommen.

* **Iserlohn**, 24. Jan. Der Magistrat der Stadt Iserlohn hat den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, worin die Bebauung des Grundstückes zwischen Grüner Weg und Siegener Straße vorgesehen ist. Es sollen 11 Häuser mit je 8 zum Teil 3-Zimmer- und teils 2-Zimmerwohnungen errichtet werden, so daß insgesamt 88 Wohnungen entstehen. Die Bauleitung liegt unter Oberleitung des Stadtbauamtes in den Händen der Architekten Brüninghaus u. Hellmuth in Iserlohn. Die Kosten belaufen sich überschläglich ermittelt auf 3½ Millionen Mark, die auf dem Wege der Anleihe zu beschaffen sind.

* **Witten**, 22. Jan. Wegen verbotener Einfuhr von Kaffee und Tabak hat das Wuchergericht in Krefeld den Schriftsetzer Hermann Wernicke von hier zu neun Monaten Gefängnis und 40 000 ℳ Geldstrafe, seine Braut Sibilla Blaum von hier zu vier Monaten Gefängnis und 10 000 ℳ Geldstrafe verurteilt.

* **Dortmund**, 22. Jan. Auf die Vergebung der Arbeiten zur Regelung der Seseke und der Köne sind bei der Emschergenossenschaft 36 Angebote eingelaufen. Das billigste lautete auf 3 910 765 ℳ, das teuerste auf 11 077 860 ℳ.

* **Bochum**, 22. Jan. Der seit dem Jahre 1914 vermißte Sohn des Bergmanns Harbord in Höntrop, den man für tot hielt, weil er keinerlei Lebenszeichen von sich gegeben hatte, ließ an seine Angehörigen jetzt die Mitteilung gelangen, daß er sich mit Familie auf der Heimreise befinde. Er hat sich in Sibirien verheiratet.

* **Gelsenkirchen**, 22. Jan. Die Errichtung einer Säuglingspflegeschule in Gelsenkirchen ist jetzt vom Minister genehmigt worden. Leiter der Schule ist Stabsarzt Dr. Wendenburg.

Castrop, 25. Jan. Auf der Zeche „Erin" wollte der Hauer Hugo Wemhöner seinen Kameraden, die in Erstickungsgefahr waren, Hilfe leisten. Er kletterte in den Aufbruch nach oben, atmete aber selbst giftige Sprenggase, wurde schwindelig und stürzte herunter. Beim Fall erlitt er einen Schädelbruch und starb bald darauf.

* **Essen**, 22. Jan. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat in einer Eingabe an den Reichswirtschaftsrat folgende Wünsche zur Novelle zum Einkommensteuergesetz geäußert: Es genügt keineswegs, daß der einkommensteuerfreie Betrag der Angehörigen des Steuerpflichtigen von 500 ℳ auf 1000 ℳ erhöht wird. Auch das Existenzminimum des Steuerpflichtigen selbst muß wesentlich erhöht werden. Bei kommunaler Besteuerung des Existenzminimums muß den Einkommens- und Familienverhältnissen des Steuerpflichtigen in einer Weise Rechnung getragen werden, die berechtigte Erregung ausschließt. Bei verhältnismäßig geringen Einkommen und bei kinderreichen Familien müßte der kommunale Zugriff ausgeschlossen sein.

Gerichtssaal.

hn. Schwelm, 23. Jan. Als Wohltäter der Menschheit bezeichnete der Vorsitzende der Hagener Strafkammer einen Metzger aus Voerde, der sich wegen Schwarzschlachtung in der Berufungsinstanz zu verantworten hatte. Das hiesige Schöffengericht hatte den Angeklagten zu 2 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er in Gevelsberg eine Kuh heimlich geschlachtet und das Fleisch nach Barmen verschoben haben soll. Die Strafe fiel so hart aus, weil, wie es im Urteil heißt, der Angeklagte als Schwarzschlächter weit und breit bekannt war. Die Verhandlung ergab, daß die Schuldige in den letzten Kriegsjahren zunächst mit behördlicher Erlaubnis (!) zur besseren Versorgung der Arbeiter schwarz geschlachtet hat, dann aber selbst gehandelt u. das Fleisch nach Barmen gebracht hat, wo es in die Hotelküchen wanderte. Nun ist inzwischen die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben worden und dabei angeordnet, daß Verstöße gegen die nunmehr beseitigten Bestimmungen über die Regelung des Fleischverkehrs strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden sollen. Mit Rücksicht hierauf wurde das Verfahren eingestellt. Die Verkäuferin der Kuh, eine Landwirtin, war zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatte sich bei dem Urteil beruhigt und Strafe und Kosten sogleich bezahlt. Sie hat jetzt das Nachsehen.

Hagen, 25. Jan. In diesen Tagen hatte sich der Arbeiter Schl. vor dem Hagener Schöffengericht zu verantworten. Er ließ sich im Herbst vorigen Jahres von einem Hagener Kaufmann nach Gevelsberg, Ennepetal, Lennestraße usw. fahren, um angeblich dort wichtige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Nachdem die Rechnung für seine Spazierfahrten die stattliche Höhe von 2000 Mark erreicht hatte, verschwand er, ohne an die Bezahlung zu denken. Das Gericht erkannte gegen ihn auf 3 Monate Gefängnis und sofortige Inhaftnahme, da weitere Verfahren wegen ähnlicher Vergehen gegen den Schwindler laufen.

Turnen, Sport und Spiel.

Kreistag in Südwestfalen.

In Siegen fand Sonntag unter sehr starker Beteiligung der außerordentliche Kreistag für Südwestfalen statt. Vertreten waren 136 Vereine mit 570 Stimmen. Nachdem über die sehr umfangreiche Kreisacbeit Bericht erstattet worden war, fand eine eingehende Aussprache über die künftige Entwickelung des großen Kreisgebietes statt. An Einnahmen waren 12 000 ℳ zu verzeichnen, während die Ausgaben 3000 ℳ betrugen; dem Verband konnten infolgedessen 9000 ℳ überwiesen werden. Schiedsrichter standen 127 zur Verfügung, davon 57 für Liga und A Klasse. Der Bericht des Vertreters des Westerwaldes, der die Mitteilung machte, daß bereits 30 Vereine dem W. S. V. beigetreten seien und 30 weitere folgen würden, war besonders erfreulich. 210 Vereine gehören augenblicklich dem Kreise Südwestfalen an, das sind so viele Vereine wie im Vorjahre der ganze Berg. Märk. Gau zählte. Man war sich in der Versammlung darüber einig, daß unbedingt eine neue Einteilung des großen Kreises stattfinden müsse, damit die laufenden Arbeiten und Aufgaben ordnungsgemäß erledigt werden könnten. Die Entwickelung der Sportvereine hat in Südwestfalen derartigen zugenommen, daß die Bildung eines neuen Gaues wohl berechtigt ist. Es wurde deshalb folgendem Antrage fast einstimmig zugestimmt: „Der heute in Siegen tagende Kreistag wolle beschließen, dem Gautag folgenden Antrag zu unterbreiten. Der Berg. Märk. Gau wird in 2 Gaue aufgeteilt und zwar Gau Duisburg-Düsseldorf, und Gau Südwestfalen umfassend die Kreise Berg und Südwestfalen. Gleichzeitig wird der Kreis Südwestfalen in 2 Kreise geteilt Sauerland-Siegerland. Schließlich wird der Bezirk Bethdorf in 2 Bezirke aufgeteilt und zwar Bethdorf, Westerwald."

Wirtschaftlicher Teil.

Amerikanische Bestellungen in Deutschland.

Die „Amstea" A.-G. (American Steel-Engineering and Automotive Product) hat in persönlichen Verhandlungen in den Vereinigten Staaten trotz der derzeitigen Krisis Aufträge für die deutsche Kleinindustrie, besonders in Metall- und Glaswaren, in Höhe von reichlich 90 Mill. Mk. erlangt. Weitere größere Geschäfte, besonders in deutschen Stahlwaren, stehen vor dem Abschluß, so daß in Monatsfrist die von der „Amstea" im Sommer herbeigeführte Einfuhr von 70 Mill. Schiffsbaukahl (16 000 Tonnen) ihren Ausgleichch gefunden haben wird.

Rettet unsere Jugend!

Deutschland ist heimatarm, nackt und schutzlos. Wir müssen einen neuen Grundstein legen, es sind Geschlechter nötig, um das Reich zu neuer Höhe zu heben. Sie aber brauchen dazu vollste sittliche, geistige und körperliche Kraft. Nur im Vollbesitz dieser Kraft werden Deutschlands Kinder, das kommende Geschlecht, seine letzte und einzige Hoffnung. Die Blockade der Feinde, die politische und wirtschaftliche Knebelung durch den Frieden und die entnervenden Folgen des Krieges haben Leib und Seele unserer Kinder grausam vergiftet. Drohend lastet die Gefahr auf uns, daß unsere letzte Hoffnung vernichtet wird. Tausende und aber Tausende von Kindern müssen zugrunde gehen, die am Leben bleiben, werden siechte und welke Menschen werden, wenn nicht kräftig, tätig und sofort geholfen wird.

Im Jahre 1918 starben allein in Preußen 36 000 Kinder mehr als im Jahre 1913 an Krankheiten, die die materielle Not erzeugte. Zahllose Mütter und Väter ringen verzweifelnd die Hände, ihnen fehlen die Mittel, die flehenden Bitten hungernder, frierender Kinder zu erfüllen.

Wer noch ein Scherflein übrig hat, darf daher nicht säumen, es zu opfern, auf daß unserem künftigen Geschlecht Hilfe werde, und die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht ganz aus dem Bewußtsein unserer Jugend schwinde.

Helft zu retten das deutsche Heiligtum, helft zu lindern der deutschen Kinder Not!

Einzahlungen für die Deutsche Kinderhilfe nimmt die Geschäftsstelle der „Gevelsberger Zeitung" entgegen.

Kohlenbericht

des Preisbeteiligungsverbands Schwelm.
Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbrauch t	Bestand t
24. 1.	97	119	235

Verantwortl. für den redaktionellen Teil: Rud. Gattis
für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather
beide in Gevelsberg.

Wir sind vom 1. Januar 1921 zur Zahnbehandlung bei der hiesigen Allgem. Ortskrankenkasse zugelassen.

H. Herbach, prakt. Dentist, Mittelstr. 97
H. Reß, prakt. Dentist, Mittelstr. 19.

Bekanntmachung.

Lt. Beschluß der Kohlenkommission vom 21. ds. Mts. werden unter Aufhebung der bisherigen Höchstpreise, infolge gesteigerter Unkosten, neue Höchstpreise wie folgt festgesetzt:

Kohlen der Zeche „Deutschland" ab Lager der Händler . . . . . per Ztr. 18.60 Mk.
Kohlen der Zeche „Deutschland" ab städt. Lager Garten- u. Bahnhofstr. per Ztr. 18.00 Mk.
Gemischte Kohle (Hattinghauser, Ruhr- u. Braunkohlen) ab städt. Lager Garten- und Bahnhofstr. . . . . per Ztr. 16.60 Mk.
Der Preis für fuhrenweise Belieferung direkt ab Zeche „Deutschland" frei Haus beträgt wie bisher . . . . . per Ztr. 16.00 Mk.

Vorstehende Preise treten am 25. ds. Mts. in Kraft.

Gevelsberg, den 24. Januar 1921.

Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung.

Provinziallandtags- und Kreistagswahl.

Zu den nach § 25 der Wahlordnung für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen zu bildenden Wahlausschuß habe ich nachbenannte Beisitzer berufen:

1. Rektor Fahrbender,
2. Parteisekretär Hilken,
3. Redakteur Buschmann,
4. Kaufmann Max Klein

und als Stellvertreter:

1. Kaufmann Wilhelm Kleinghaus jr.,
2. Krankenkassenkontrolleur Schöneweiß,
3. Parteisekretär Winigens,
4. Parteisekretär Grunewald,

sämtlich in Schwelm.

Schwelm, den 21. Januar 1921.

Der Wahlkommissar:
Erdmann, kom. Landrat.

Bekanntmachung.

Der Kreisausschuß hat für die bevorstehende Kreistagswahl

zum Wahlkommissar

Herrn kom. Landrat Dr. Erdmann, zum Stellvertreter Herrn Kreisdeputierten, Kaufmann Springorum in Schwelm, bestellt.

Schwelm, den 22. Januar 1921.

Der kom. Landrat: Erdmann.

Bekanntmachung.

Nach der letzten Volkszählung (8. Oktober 1919) beträgt die Einwohnerzahl des Kreises Schwelm 19285.

Gemäß § 18 Absatz 2 des Gesetzes betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen vom 3. Dezember 1920 hat der Kreisausschuß nach Maßgabe der Bestimmungen im § 18 Absatz 1 die Zahl der zu wählenden Kreistagsmitglieder auf 27 festgesetzt.

Schwelm, den 22. Januar 1921.

Der kom. Landrat: Erdmann.

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf **Mittwoch, den 26. Januar 1921,** nachmittags 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.

Tagesordnung:

1. Antrag der Fraktion der U. S. P. D. auf Festsetzung einer anderen Mindeststeuergrenze für die Besteuerung des selbstbleibenden Einkommensteils.
2. Gesuch des Kaninchenzuchtvereins „Einigkeit", Gevelsberg, um Bewilligung eines Ehrenpreises für die am 12. und 13. Februar 1921, stattfindende Kaninchen- und Produkten-Ausstellung.
3. Bewilligung weiterer Mittel zur Bekämpfung des Schildlausschadens unter dem Rindviehbestande.
4. Beschlußfassung darüber, die noch offene 2 Millionen-Anleihe bei der Sparkasse der Stadt Gevelsberg und des Amts Camepe und nicht bei der Landesbank aufzunehmen.
5. Ernennung eines Gewerbeschulrektors und einer Gewerbeschullehrerinnenstelle an der städt. gewerblich u. Fortbildungsschule.
6. Bewilligung der Mittel zur Instandsetzung der Wasserzuleitung am Ab-ort des Reinigungsraums.
7. Veränderungen im Treppenhause der alten Schule an der Mittelstraße.

Hierauf vertrauliche Sitzung.

Gevelsberg, den 22. Januar 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Müller.

Walter Köckler, Nirgena

Nähmaschinen- u. Fahrradhandlung.

Ständiges Lager in Ersatzteilen, wie Gummibereifung, Laternen, Glocken, Pumpen, Fahrradständer usw.

Sämtliche Reparaturen an Nähmaschinen und Fahrrädern.

Bekanntmachung

betreffend Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl zum Provinziallands- und Kreistag am 20. Februar 1921.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen vom 3. Dezember 1920 und der §§ 14 bis 20 der Wahlordnung für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen lade ich hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen ein.

Die Wahlvorschläge sind bei dem unterzeichneten Wahlkommissar spätestens am 5. Februar 1921 einzureichen.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Ein Bewerber darf nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Wahlvorschläge müssen mindestens fünfzehn Unterschriften von im Wahlkreise wahlberechtigten Personen tragen und sollen ein Kennwort enthalten, daß auch der Name einer Partei sein kann. Da die Möglichkeit besteht, daß die Unterschrift eines Unterzeichneten seitens des Wahlausschusses nicht anerkannt wird, empfiehlt es sich, einige Unterschriften mehr beizubringen. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihres Wohnortes und ihrer Wohnung beifügen.

Mit dem Wahlvorschlage sind einzureichen:

1. Die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen;
2. die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Bewerber am Wahltage das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Provinz bezw. im Kreise wohnen und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind;
3. die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen sind.

Die Gemeindebehörden haben die Bescheinigungen auf Antrag gebührenfrei auszustellen.

Jeder Wahlvorschlag soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem sonstigen Kennworte versehen sein, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen in demselben Wahlkreise deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig.

Trägt ein Wahlvorschlag kein Kennwort, so gilt der Name des Bewerbers, der in dem Wahlvorschlage an erster Stelle genannt ist, als Kennwort des Wahlvorschlages.

Jeder Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die möglichst am Sitze des Wahlkommissars wohnen und zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Wahlkommissar und dem Wahlausschuß bevollmächtigt sind.

Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter. Die gleichen Personen können nicht als Vertrauensmänner für mehrere Wahlvorschläge benannt werden.

Eine Verbindung von Wahlvorschlägen findet nach § 9 Ziffer 4 des Gesetzes betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen nicht statt.

Schwelm, den 22. Januar 1921.

Der Wahlkommissar: Erdmann, k. Landrat.

Wenn Sie

etwas wirklich gutes in Ihrer Pfeife rauchen wollen, dann **verlangen Sie** bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich:



Monke rot
" blau
" braun
" Krüllschnitt

oder rein amerik. Rippen-Tabak

aus der Tabak-Fabrik von

HERMANN MONKE

Gegr. 1878 Lübbecke i. W. Gegr. 1878.

:: Wiederverkäufer wollen Preisliste einfordern. ::

Ia. Nußkohlen

für Hausbrand liefert prompt

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

Kaufen Sie



bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Empfehle für morgen sowie täglich

dickes, fettes Fleisch u. sämtliche Wurstsorten.

Fritz Korten, Roßmetzgerei.

Mittelstraße 100. Telephon 390

63

Ueberzeugen Sie sich von meiner grossen Preisermässigung im

Januar-Ausverkauf

in neuen und gute. Herren-Ueberzieher, Ulster, Coovercoat, Anzüge, Hosen usw., Konfirmanden-Anzüge, in blau u. farbig, Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe extra billig.

Kleider, Röcke,

bekannt billige Preise nur in

...nfeid's Partiewarenhaus

BARMEN, Bredder Str. 63.

63

Tonbild Theater Mittelstr. 36.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 7 Uhr.

Auf allgemeinen Wunsch auf noch 3 Tage prolongiert:

Frl. Marcony

mit ihren prachtvollen Kunstvisionen.

Neues Programm

erstklassiger herrlicher Aufnahmen.

Joe May Meister-Regiefilm:

Der Henker von St. Marien.

Grosses Prunk- und Ausstattungswerk in 6 Abteilungen mit Eva May.

Jenny Porten

in dem äusserst humorvollen Lustspiel in 4 Akten:

Der Schirm mit dem Schwan.

Tränen werden gelacht.

Ab 8 Uhr noch der ganze Spielplan.

Geschäftsmann sucht

erste Stenotypistin,

welche längjährige erfolgreiche Tätigkeit bei ersten Firmen nachweist, gute Zeugnisse besitzt. Bedingung: Selbstständiges Arbeiten, 200 Silben minimal. Eintritt Februar oder später.

Ausführliche Bewerbungen mit Lichtbild und Angabe der Gehaltsansprüche unter U. T. 134 an G. Geschens, Annoncen-Expedition, Hagen i. W.

Zur Aushülfe ein

Schweißer

für Schweißapparat gesucht.

Jellinghaus & Co.

Größeres Fabrikgeschäft sucht für sofort einen

Lehrling

für das kaufmännische Büro. Einjährigen-Zeugnis Bedingung. Angebote unter Nr. 1891 an die Geschäftsstelle.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Die Bibelstunde

im Betsaal Hause fällt heute abend aus.

P. Rüdiger.

Große amerikanische Versicherungs-Gesellschaft, deutsche Zweige betreibt, sucht gegen hohe Provisionssätze

rührige Vertreter

an allen Plätzen. Anfragen für Wiederverkäufer frei. Gefl. Angebote erbeten unter S. 439 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Gesenkschmiede Meister,

der mit allen vorkommenden Arbeiten, auch Reparaturen der Obergesenke, durchaus vertraut ist, wird. Nur tüchtige Kräfte wollen sich unter Angabe der Gehaltsansprüche unter S. 4230 an die Geschäftsstelle d. Ztg. melden.

Schlosser

sowohl, als Vorarbeiter o. Transportarbeiter gesucht, der Hochbau selbständig alle Maschinen-Repar. und die Wartung des ganzen Betriebes übernehmen kann. Angebote mit Zeugnis-Abschr. und Gehalts-Ansprüche unter W. R. an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt tüchtige

Kaltpresser

für dauernde Beschäftigung.

Gevelsberger Nickenfabrik, G. m. b. H.

Größeres industrielles Werk sucht absolut zuverlässigen

Nachtwächter.

Meldungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit möglichst unter Beifügung von Zeugnissen und Größe der Familie erbeten unter K. N. an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Ordentliches, treues

Mädchen,

welches zu Hause schlafen kann, bei gutem Lohn für den 15. Februar gesucht.

Hattinghauser Str. 75

Properes Mädchen

...ere oder ...mittags gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Properes Hausmädchen

per 1. Februar gesucht. Frau Rich. Hagebölling, Mittelstr. 63.

Besser. Herr mit Telephon findet möbliertes Zimmer,

möglichst volle Pension. Angebote unter D. S. an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wohnungstausch.

Eine 3-Zimmer-Wohnung mit Stall und Obstgarten gegen eine 3-Zimmer-Wohnung in der Stadt zu vertauschen.

Schwalbenstraße 13.

6-Zimmer-Wohnung

(für 12—13 Zahlen) billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Ein fast neues

Plüschsofa, 1 Gasheizofen u. 2 Paar Ledergamaschen

billigst zu verkaufen.

Mühlenhauser Str. 21, parterre.

Ein tadelloser fast neuer, wenig gebrauchter

Ofen mit Marmormantel

sofort preiswert zu verkauf. Zu erfragen

Brüderstraße 15, part.

Buttöl Ia., Liter 15.00
Sauerkraut „ 0.90
Schnittbohnen „ 1.10
Salzgurken „ 3.00
Pr. holl. Salzheringe

billigst.

Rheinisches Kaufhaus,

Mittelstr. 71.

Morgen eintreffend:

1 Waggon

Soester Brot,

H. Bauernstuten.

Carl Hahn,

Hagener Straße 45.

Zigarrenhaus Gerhard

Fernruf 739

Tabakwaren-Großhandlung empfiehlt seine große Auswahl in Zigarretten und

Eckstein Nr. 5
Schahi
Almenried
Ertenreon
Overstolz
Mavengold
Abdas
Diva
Heliotrop
Klasse
Derby,
Kaliboi Nr. 5
Reisschale
Ernst August
Wenesti Gold
Wenesti klein
Violette
Orange
Lagus
Parisch'oh
Maizmann extra
Höhenrekord rot
Höhenrekord blau
Höhenrekord grün
Prima
Rit-Jis
Chesterfield
Rebo
Goldstake
Egypt. Stralchts

ferner

Zigarettentabak, amerik. Rauchtabak

Beinkleider, Tuxedo

Zigarettenpapier

u. a. m.

Zu Wiederverkäufern zu Fabrikpreisen.

Leinöl

garantiert rein, holländisch,

Ia. doppelt gekocht.

Lacke und Farben

für Gewerbe u. Industrie

Wilh. Hammes

Gevelsberg

Hattinghauser Str. 36

Fernsprecher 496

Eine schwere, hochtr. hell.

Milchkuh

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Ein mittelschweres

Pferd

und starker

Langwagen

zum Holzfahren geeignet (oft mit Kasten) zu verk.

Carl Brenne, Silschede, (Kr. Hagen i. W.)

Telephon 691, Gevelsberg.

Teckel,

(10 Mon. alt) wachsam u. zuverlässig, zu verkaufen.

Zu erfr. in der Geschäftsst.